



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

Haller, Johannes

Stuttgart [u.a.], 1930

6.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77090)

Während der Verhandlungen im Winter 1866/67 war von französischer Seite das Wort gefallen, man habe nur die Wahl zwischen Bündnis oder Krieg. Das Bündnis war gescheitert, also mußte der Krieg kommen. Für ihn günstige Bedingungen zu schaffen, ging man sogleich eifrig ans Werk. Das erste war die Heeresreform. Seit dem Herbst beriet eine Kommission von Generälen unter dem Vorsitz des Kaisers, am 11. Dezember 1866 wurde das neue Gesetz angekündigt, am 14. Januar 1868 von der Kammer angenommen. Es hatte einen harten Kampf gekostet, zuerst unter den Generälen, dann mit der Volksvertretung. Der Kaiser hatte die allgemeine Wehrpflicht nach preußischem Muster gewollt, im Lande erregte sie Entsetzen, und auch von den meisten Generälen wurde sie verworfen. Um beim Berufsheer bleiben und doch die erforderliche Gesamtstärke erreichen zu können, war ein Mittelweg eingeschlagen worden, ein verstärktes stehendes Heer mit 9jähriger Dienstzeit, das 750 000 Mann zählen sollte, und eine Mobilgarde von 600 000 Mann nach Art des schweizerischen Volksheeres. Es war ein Zwitterding, das weder die Vorzüge des Berufsheeres noch die der allgemeinen Wehrpflicht besaß, zudem mit vielen Mängeln der Organisation behaftet. Der Schöpfer der Reform, Marschall Niel, gab sich im stillen keiner Täuschung hin. Er erhoffte von der Zukunft Verbesserungen. Trotzdem stieß er, ein redelustiger, prahlerischer Gascogner — einen Tartuffe, der durch Kriecherei emporgestiegen sei, nannte ihn der englische Militärattaché, Oberst Claremont —, andauernd in die Kriegstrompete, so daß es schon manchen Zeitungen unheimlich wurde. Andere Generäle sekundierten ihm. „Wir sind bereit!“ So erklang es unausgesetzt von allen Seiten. „Wir haben die schönste Armee der Welt,“ erklärte Niel in der Kammer. „In 7—8 Tagen kann ich 400 000,

600 000 Mann kriegsbereit aufstellen.“ Ein andermal: „Wir sind so fertig, daß es dem Kriegsminister gleich ist, ob wir Krieg oder Frieden haben.“ Oder: „Wir sind so bereit, daß wir dreimal vernünftig sein müssen, um nicht den Krieg zu erklären.“ Schon im September 1868, ehe die neue Ordnung Zeit gehabt hatte, ihre Früchte zu tragen, prahlte der Marschall vor den Offizieren der Armee: Frankreich allein von allen europäischen Mächten sei in einer Lage, daß es nach Belieben Frieden halten oder Krieg führen könne. Napoleon, obschon er nicht alle Zweifel unterdrücken konnte, eignete sich vor der Öffentlichkeit diese Zuversicht an. Bei Eröffnung der Kammer am 18. Januar 1869 erklärte auch er: „Das Land ist imstande, allen Möglichkeiten entgegenzusehen. Das ständige Ziel meiner Anstrengungen ist erreicht: die militärischen Hilfsquellen Frankreichs stehen nunmehr auf der Höhe seiner weltpolitischen Aufgaben.“

Kann man sich wundern, daß die Nation kriegslustig wurde, wenn ihr von denen, die es am besten wissen mußten, alle Tage versichert wurde, wie kriegsbereit und des Sieges gewiß sie sei? Wer auf den Grund sah, erkannte freilich die ungeheure Gefahr dieses Säbelrasselns. Es war ja einfach nicht wahr, trotz Chassepot und Mitrailleuse, daß Frankreich „bereit“ sei. Es war ein krankhafter Rausch, wenn Generäle und Minister, Publizisten und Abgeordnete in der Aussicht schwelgten, demnächst die Preußen zu schlagen, den Flecken von Königgrätz abzuwaschen, die werdende Einheit Deutschlands zu zertrümmern und den Rhein zu erobern. Im Grunde war das Frankreich jener Tage, die Gesellschaft des zweiten Kaiserreichs, alles eher als kriegerisch: ein Volk von Geschäftemachern und Genießern, dem der Gedanke an persönliche Opfer, wie sie die allgemeine Wehrpflicht mit sich bringt, ein Greuel war. Schon die Kosten, die die neue Rüstung erforderte, fand man zu hoch; die Kammer drückte sie mehrfach herab und schädigte dadurch das ganze Werk. Der Pazifismus hatte nicht wenig Anhänger. Man lese den langen Abschnitt über den Krieg in Prévost-Paradol's „Neuem Frankreich“: er hält für nötig, den Pazi-

fismus zu widerlegen und den Krieg zu rechtfertigen. Vor dem Kriege mit Deutschland schreckte die Gesellschaft dennoch nicht zurück, weil sie wähnte, in ihm den Siegeslorbeer mühelos pflücken zu können. Zwischen den Parteien, Bonapartisten, Royalisten, Liberalen, schien ein förmlicher Wettstreit im Gange, wer den andern in kriegerischem Patriotismus überschreien könne. Dahinter lauerte beim Anhang des Kaisers die Angst, mit den inneren Schwierigkeiten nicht mehr fertig zu werden, bei der Opposition der teuflische Gedanke, das Regiment Napoleons werde im Kriege seinen Untergang finden. Girardin, der alte republikanische Journalist, der die Lehre verkündigte, ohne den Rhein, ohne Belgien, Antwerpen, Ostende sei Frankreich nichts, meinte schon im August 1869, der Krieg sei in jedem Fall ein Gewinn. Siege man, so habe man den Rhein, die natürliche Grenze; werde man geschlagen, so sei wenigstens die Dynastie gestürzt. „Wenn Europa“, so schrieb er eines Tages, „eine blutige Dusche braucht, so möge es sie bekommen.“ Persigny, der früher als preußenfreundlich gegolten hatte, gestand dem preußischen Geschäftsträger, nach der Demütigung von 1866 müsse es zum Kriege kommen. Daß die Aussichten nicht die besten seien, gab er zu. Eben das sei das Verzweifelte der Lage, daß man nur die Wahl habe zwischen der Revolution und der Gefahr einer Niederlage. Auch Fürst Metternich und Graf Vitzthum, der österreichische Gesandte in Brüssel, urteilten, der Krieg sei der einzige Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten, und wenn einige Führer der Opposition, wie Thiers, und die Republikaner dagegen sprächen, so sei der Grund nur, daß sie selbst ihn machen und den Rhein erobern wollten.

In dieser kriegsheißen Luft war Napoleon vielleicht noch der Friedfertigeste. Mit gutem Grund. Ob er mit seiner geschwächten Gesundheit den Oberbefehl würde führen können, muß ihm selbst zweifelhaft gewesen sein. Aber er ahnte doch auch, wenn er es nicht gar zu hören bekam, wie man in der Armee, bis in die höchsten Stellen hinauf, über ihn sprach: daß er wegen seiner Haltung 1866 hätte standrechtlich er-

schossen werden müssen, daß man ihn wegzagen werde, wenn er nicht zum Schwerte greife, usw. Er hatte auch Grund, die Entscheidung nicht zu verzögern. Bei seinem schwerleidenden Zustand konnte sein Leben jeden Tag ein Ende nehmen, und in der Verfassung innerer und äußerer Krisis, in der es sich befand, wollte er das Reich seinem unmündigen Sohne nicht hinterlassen. Wenn der Erbe eine gesicherte Erbschaft antreten sollte, so war nicht viel Zeit zu verlieren. Andererseits wußte niemand besser als er, daß Frankreich allein einem Kriege gegen Deutschland nicht gewachsen sei. Es brauchte Bundesgenossen. Diese zu gewinnen, machte der Kaiser sich an die Arbeit. Österreich und Italien sollten ihm helfen, das deutsche Reich in der Geburt zu ersticken, Preußen unschädlich zu machen und Frankreich seine führende Stellung auf dem Festland, nebst entsprechendem Landgewinn, zurückzugeben.

Unsere Sache ist es nicht, das Spiel der Diplomaten zu verfolgen, das die Zeit von September 1867 bis zum Juni 1870 ausfüllt. Das Bild ist nicht ohne Humor, wie die Partner einander zu fangen und zu entschlüpfen suchen, wie sie um Paragraphen und Zusätze feilschen, Entwürfe aufstellen, umstoßen, neue aufsetzen und wieder umarbeiten, ein Geschäft, das einer der Österreicher einmal treffend mit dem Gewebe der Penelope vergleicht, bis schließlich ein vereinbarter Text vorliegt, der dann doch nicht unterzeichnet wird. Das negative Ergebnis kann nicht befremden, denn bei Licht besehen, wollte jede der drei Regierungen etwas anderes. Napoleon warb um militärische Unterstützung zum Kriege gegen Preußen; Österreich scheute den Krieg aus guten Gründen und wollte das Bündnis benutzen, um sich gegen Angriffe von Preußen und Rußland zu decken und seine häuslichen Angelegenheiten in Ruhe ordnen zu können; Italien aber verlangte außer Südtirol, daß ihm Rom preisgegeben werde, was Napoleon nicht zugestehen konnte, wollte er sich nicht bei dem größten Teil seiner eigenen Anhänger unmöglich machen. Ein Bündnis war unter solchen Umständen nicht zu schließen.

Befremdlich ist nur, daß man trotzdem eine Vereinbarung traf, deren praktische Wertlosigkeit auf der Hand lag. Anstatt förmlicher Verträge zwischen den Regierungen begnügte man sich mit dem Austausch von Briefen der drei Monarchen, die einander Freundschaft und Beistand zusicherten. Ende September 1869 war man glücklich so weit. Was war damit gewonnen? Den Wortlaut von Franz Josephs Brief kennen wir nicht, aber daß er einen förmlichen Bündnisvertrag ersetzen konnte, ist unter allen Umständen ausgeschlossen. Was auch darin gestanden haben mag, das Schreiben des österreichischen Kaisers mußte interpretiert werden aus den Verhandlungen, die ihm vorausgegangen waren. In diesen aber hatten die Österreicher keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie außerstande seien, sogleich bei Beginn eines preußisch-französischen Krieges handelnd einzugreifen, weil der Zustand ihres Heeres und die Stimmung ihrer Völker eine längere Periode der Vorbereitung erheischten. Das hieß mit andern Worten: wenn Frankreich siegte, konnte es auf österreichische Hilfe rechnen, wenn nicht, blieb es allein. Und wenn Österreich nicht marschierte, rührte auch Italien sich nicht. Man brauchte also kein Gedankenleser zu sein, um sich über den Wert dieser Verbindungen nicht zu täuschen.

Es ist das stärkste Zeichen für die hemmungslose Kriegslust Napoleons und der wenigen von ihm Eingeweihten, daß sie sich dennoch täuschten. „Ich betrachte unsere Verträge als moralisch unterschrieben,“ äußerte der Kaiser. „Die österreichische Allianz bildet also den festen Punkt in meiner Politik.“ Gegenüber dem General Lebrun nannte er die Allianz Italiens sicher, die Österreichs wenn nicht formell, so doch moralisch gesichert. Rouher, der seine früheren preußischen und deutschen Sympathien durch verdoppelten Eifer büßen zu wollen schien, meinte sogar mehr als kühn: „Die Allianz ist geschlossen, und die Verpflichtungen, die in diesen Briefen eingegangen sind, werden dieselbe Kraft haben wie ein internationaler Vertrag.“

Auf dieser schwankenden Grundlage wurde nun sofort

ein Kriegsplan aufgebaut. Im November 1869 verriet Napoleon, daß er sich damit beschäftige, im Februar 1870 erschien als Vertreter der österreichischen Armee ihr Oberkommandierender, Erzherzog Albrecht, an der Seine, um für den gemeinsamen Feldzug die erforderlichen Abreden zu treffen. Der Krieg war beschlossen, und gegen wen, brauchte man nicht zu fragen. Die Gedanken des Erzherzogs wurden nun in Paris bearbeitet, und am 19. Mai 1870 stellte ein Kriegsrat die Grundzüge des Feldzugsplans fest. Franzosen, Italiener und Österreicher greifen gleichzeitig Süddeutschland von drei Seiten an, vereinigen sich bei Nürnberg, marschieren von dort nach Norden und liefern bei Leipzig die Entscheidungsschlacht. Um sich der Mitwirkung Österreichs im einzelnen zu versichern, ging General Lebrun im Juni nach Wien.

Was er hier zu hören bekam, hätte für jeden, der sehen und hören wollte, alle Illusionen zerstreuen müssen. Franz Joseph ließ dem Franzosen keinen Zweifel, daß er den Krieg nicht wolle. „Soll ich Krieg führen,“ sagte er, „so muß ich dazu gezwungen sein. Ich hoffe, Kaiser Napoleon wird meiner persönlichen politischen Stellung, im Innern wie nach außen, Rechnung tragen.“ Mit voller Deutlichkeit erklärte er, daß er gleichzeitig mit Frankreich den Krieg nicht erklären könne, weil er dann die deutsche Bevölkerung im eigenen Lande wie in Süddeutschland gegen sich haben würde. „Aber wenn Napoleon in Süddeutschland nicht als Feind, sondern als Befreier aufträte, so wäre ich meinerseits gezwungen, gemeinsame Sache mit ihm zu machen. In den Augen meines Volkes könnte ich dann nicht anders als meine Armee mit der französischen vereinigen.“ Deutlicher konnte man es nicht sagen: erst wenn die Franzosen Süddeutschland beherrschen, können sie auf österreichischen Beistand zählen, früher nicht.

Wenn diese Äußerungen den Kaiser der Franzosen nicht von seiner Kriegslust gründlich kurierten, so war es seine Schuld. Er war eben nicht mehr zu kurieren. Zunächst zeigte er sich zwar enttäuscht über das magere Ergebnis der Sen-

ding, dann aber ließ er sich rasch trösten durch den Hinweis, daß schon eine drohende Haltung Österreichs einen Teil der preußischen Kräfte fesseln würde. Für ihn stand der Entschluß zum Kriege fest, es handelte sich nur noch darum, den Anlaß zu finden.

Die französischen Staatsmänner meinten, den *Casus belli* nicht weit suchen zu müssen. Er hieß: Verletzung des Prager Friedens durch Preußen. Man wollte sie finden in den Kriegsbündnissen des Norddeutschen Bundes mit Bayern, Württemberg und Baden und in der Zollunion des Bundes mit den süddeutschen Staaten. Im Hintergrund stand auch die unterbliebene Volksabstimmung in Nordschleswig. Alle drei Vorwände waren gleich fadenscheinig. Waren die süddeutschen Staaten souverän und unabhängig, so konnte niemand ihnen verbieten, auf Teile ihrer Hoheit freiwillig zu verzichten. Am wenigsten besaß Frankreich ein Recht des Einspruchs, da es formell am Prager Friedensschluß gar nicht beteiligt war. Es konnte auch in der Nordschleswiger Frage keine Forderungen erheben, da Preußen ihm gegenüber keine Verpflichtung eingegangen war. Das hinderte aber die französischen Minister, die einander zwischen 1867 und 1870 rasch ablösten, keineswegs, immer wieder auf diese Beschwerden zurückzukommen. Es nützte nichts, daß die deutschen Vertreter, zuerst Graf Goltz sehr energisch, dann der sanfte Baron Werther weniger schroff, aber doch mit genügender Deutlichkeit, ihnen zu verstehen gaben, die Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland seien innere Angelegenheiten der deutschen Nation, die sich vom Ausland nichts vorschreiben lasse. Die Klagen und Vorstellungen wiederholten sich trotzdem. Man hatte nun einmal in Paris nicht begriffen und wollte nicht begreifen, daß die Zeit vorüber sei, wo Deutschland, ganz oder teilweise, französische Interessensphäre gewesen war und von der französischen Diplomatie als Schachbrett behandelt wurde, auf dem sie ihre Figuren nach eigenem Bedarf hin und her schob.

Darin wußte die Regierung Napoleons III. die Nation hinter sich. In ihr gab es zwei Richtungen. Die eine gedachte

alles, was in Deutschland 1866 geschehen war, rückgängig zu machen, den Norddeutschen Bund aufzulösen und die früheren Verhältnisse wiederherzustellen, natürlich unter den erforderlichen Bürgschaften dafür, daß Preußen das Spiel nicht nochmals versuche. Eine andere Richtung war bereit, die Einigung Norddeutschlands unter Preußen anzuerkennen, unter der Bedingung, daß es dabei bleibe und der Bund nicht nach Süddeutschland hinübergreife. Dieser Ansicht huldigten die meisten Mitglieder der liberalen Partei. Nichts ist bezeichnender für die Taktik Napoleons, als daß er in dem Augenblick, wo er die letzten Vorbereitungen für den Krieg traf, die Regierung den Liberalen, seinen bisherigen Gegnern, anvertraute. An der Spitze des Ministeriums, das am 2. Januar 1870 die Geschäfte übernahm, stand Emile Ollivier, bekannt als Freund des Friedens, auch Deutschlands, mit dem er durch seine Heirat in nahen persönlichen Beziehungen stand. Der liberale Deutschenfreund sollte dem Kaiser im Falle des Krieges die Stimmen der bisherigen Opposition zuführen, die ändern waren ihm ohnehin sicher.

Einstweilen erging sich der Außenminister dieses Kabinetts, Graf Daru, in Redensarten, die den Charakter der Drohung kaum mehr verleugneten. Er nannte die Ruhe, die zur Zeit noch in Frankreich herrsche, eine Chloroformnarkose, aus der das Land bei der geringsten Schürfung seiner Haut jäh erwachen würde. Ein andermal hatte er die Dreistigkeit zu erklären, Frankreich wäre einverstanden, wenn die deutsche Einheit *ad Calendas graecas* vertagt würde. Nicht weniger deutlich drückte sich sein Nachfolger, der Herzog von Gramont aus: Frankreich erkenne die neue Gestaltung Deutschlands in vollem Umfang an, erwarte aber, daß Preußen den bestehenden Zustand nicht verschiebe und die Mainlinie nicht überschreite. Unter dieser Voraussetzung würden die freundlichen Beziehungen fort dauern. Als Werther darauf die richtige Antwort gab, die deutsche Nation könne ihre Organisation nicht von der Zustimmung des Auslands abhängig machen, und auch bezüglich der Mainlinie behalte sich Preußen alle Freiheit vor, erwiderte Gramont: diese

Bemerkungen könnten vom französischen Standpunkt aus nicht ohne Erregung hingenommen werden. Das war am 30. Juni 1870. Am folgenden Tage sprach Ollivier in der Kammer von der Unverletzlichkeit des Prager Friedens; er nannte sie eine der Bedingungen, von denen der Friede Europas in besonderem Maße abhängig sei. Der wahre Sinn dieses Sätzchens verschwand in der Umhüllung friedensseliger Deklamationen; nur wer die geheimen Verhandlungen der letzten Monate kannte, verstand, wie es gemeint war: die preußischen Verträge mit den Südstaaten waren nach französischer Auffassung schon eine Verletzung des Friedens. Jeden Augenblick also konnte Frankreich diese Frage aufrollen und den Krieg daraus entstehen lassen. Wenn es das nicht schon getan hatte, so waren daran wohl die österreichischen Mahnungen schuld, die immer wieder davon abrieten, gerade diese Differenz mit ihrem stark nationalen Beigeschmack zum Stichwort zu nehmen. In Wien hatte man das richtige Gefühl, daß von solcher Stellung aus die Sympathien Süddeutschlands nicht zu erobern sein würden.

Immerhin, die Erklärungen Olliviers und Gramonts hatten mit genügender Deutlichkeit verraten, worum es Frankreich zu tun war: die deutsche Einheit zu verhindern. Dagegen trat alles andere zurück, auch der Rhein, an den die Heißsporne des Chauvinismus, ein Girardin, ein Cassagnac, zu erinnern nicht müde wurden. Insofern bestand zwischen Ollivier und Thiers, der geradezu die Auflösung des Norddeutschen Bundes verlangte, nur ein Unterschied des Grades. Die wirkliche Einigung Deutschlands zuzulassen war der eine sowenig bereit wie der andere. Dies ist die wahre Ursache des Krieges im Jahre 1870 gewesen.

Wie verhielt sich das neue Deutschland dazu? Es war verkörpert in der Person des Staatsmannes, dem es den Anfang seiner Einigung verdankte und der berufen war, sie zu vollenden. Gegenüber dem Willen und Urteil Bismarcks kam in dieser Frage keine andere Meinung in Betracht, auch nicht die des Königs. Bismarcks Haltung angesichts der offenkundigen französischen Drohungen ist ein Muster überlegener Ruhe und

Weisheit. Über die heimlichen Fäden, die zwischen Paris, Wien und Florenz gesponnen wurden, wußte er gerade genug, um auf der Hut zu sein. Schon am 2. April 1869 stellte er den italienischen Gesandten deswegen zur Rede, und als dieser ihn vor der französischen Kriegslust zu warnen suchte — Frankreich sei wie eine geladene Leidener Flasche, die man nicht berühren dürfe —, antwortete er mit einem sehr energischen Hinweis auf die militärische Überlegenheit Preußens, über die der französische Militärbevollmächtigte am besten Auskunft geben könne. Aber zu Handlungen ließ er sich nicht fortreißen. Er wartete ab.

Gegenüber dem Wunsche nach Ausdehnung des Bundes und Aufnahme Badens verhielt er sich ablehnend und tadelte, öffentlich ebenso wie im Vertrauen, das Drängen mancher Kreise. Als Grund gab er in einer Mitteilung an die badische Regierung offen die Rücksicht auf Frankreich an. Im Reichstag erklärte er unumwunden und wiederholte es auch dem französischen Botschafter, daß sein Ziel die deutsche Einheit und der Norddeutsche Bund nur „ein vorübergehendes Stadium“ sei. Er wies darauf hin, daß auch zurzeit schon die militärischen Kräfte Süddeutschlands in jedem Kriege dem König von Preußen zur Verfügung ständen und das Haupt des Nordbundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt besitze wie kein deutscher Kaiser seit fünfhundert Jahren. Aber weiter zu gehen lehnte er ab; er wußte, daß jeder Schritt auf dieser Bahn den Kriegsfall bedeutete, und den Krieg wollte er nicht.

Nicht als ob er ihn gefürchtet hätte; im Gegenteil, er war des Sieges sicher. Zahlreiche Äußerungen aus diesen Jahren, auch solche vertraulicher Natur, lassen hierüber keinen Zweifel und geben den Schlüssel zu seiner gesamten Anschauung von den deutsch-französischen Beziehungen. In der Beurteilung der französischen Absichten hat er geschwankt. Im April 1868 meinte er zu Hohenlohe, über den Krieg mit Frankreich ließe sich ebensowenig Sicheres sagen wie über das Wetter im kommenden Juli, „doch glaube er nicht an den Krieg, da Frankreich sich zweimal besinnen werde, ehe es mit

Deutschland anbinde“. Im Juni 1869 wiederholte er demselben Unterredner, er glaube nicht an den Krieg mit Frankreich, sei aber ebenso wie Moltke vom preußischen Siege überzeugt. Dazwischen heißt es — im Oktober 1868 — gegenüber Keyserling: zum Krieg werde es doch einmal kommen, da die Franzosen es Preußen nicht verzeihen könnten, daß sie nicht mehr die erste Macht in Europa seien. Ähnlich beim Jahresanfang 1869 zu einem Ungarn: „Mit Frankreich werden wir Krieg bekommen, da es uns Sadowa nicht verzeiht, als wäre es eine französische Niederlage. Je später es zum Kriege kommt, desto besser für uns, aber er kommt sicher.“ Im Mai sprach er sich im Rückblick auf die Luxemburger Sache zu dem Bayern Völderndorff aus, es sei vielleicht ein Fehler gewesen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, da die preußische Überlegenheit damals größer gewesen sei. „Wenn es also doch noch zum Kriege mit Frankreich kommen muß, wäre er vielleicht besser schon damals geführt worden. Allein, es ist doch immer auch die Möglichkeit vorhanden, daß wir schließlich auch ohne einen Krieg zum Ziele gelangen.“

Diese scheinbaren Widersprüche erklären sich sehr einfach aus dem Widerstreit zwischen Urteil und Wunsch. Die Wahrscheinlichkeit sagte ihm, der Krieg sei nicht zu vermeiden, aber den Wunsch, ihn dennoch zu vermeiden, konnte er nicht unterdrücken. Er wollte auf die Hoffnung nicht verzichten, daß Frankreich sich mit der Tatsache der deutschen Einheit ohne eine blutige Kraftprobe aussöhnen werde. Das war nicht nur im Hinblick auf die unvermeidlichen Opfer jedes Krieges moralisch gerechtfertigt, es war auch politisch bei weitem die glücklichere Lösung. Ein Krieg, in dem Frankreich geschlagen wurde, mußte unfehlbar eine lang dauernde Verfeindung zur Folge haben, die für Deutschland unter allen Umständen eine schwere Belastung bedeutete. Darum war es gebieterische Pflicht im Hinblick auf die ganze Zukunft des kommenden deutschen Reiches, diesem Krieg aus dem Wege zu gehen, solange es mit Ehren möglich war.

Bismarck hat immer an die Zukunft, auch an ferne Zukunft, gedacht und seine Entschlüsse niemals nur nach

augenblicklichen Umständen gefaßt. Über die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hat er einmal in einer Weise gesprochen, die man wahrhaft prophetisch nennen muß. Zu dem Grafen Séherr-Thosz sagte er am 2. Januar 1869, nachdem er den kommenden Krieg und den preußischen Sieg als sicher bezeichnet hatte: „Eine längere Periode wird dann eintreten, während welcher wir gegen Frankreich auf der Hut sein müssen. Vielleicht wird es noch eines zweiten Krieges bedürfen, um Frankreich zu beweisen, daß wir ihm ebenbürtig sind.“ Dazu halte man die Bemerkung zu Keyserling, die Eroberung des Elsaß würde ein zweifelhafter Gewinn sein, „denn schließlich würden die Franzosen wieder Bundesgenossen finden, und dann könnte es schlimm werden“. So ist es gekommen: die Franzosen haben Bundesgenossen gefunden, und im zweiten deutsch-französischen Krieg ist es sehr schlimm geworden. Wer müßte da nicht wünschen, daß schon der erste Krieg unterblieben wäre?

Von diesem Gedanken aus erhält auch die Vermeidung des Krieges in der Luxemburger Streitfrage erst ihre volle Rechtfertigung. Der Standpunkt der Menschlichkeit reicht dazu nicht aus, denn von ihm aus könnte man auch umgekehrt urteilen. So furchtbare Blutopfer, wie sie das Jahr 1870 gefordert hat, wären 1867 nicht nötig gewesen, es wäre also menschlicher gewesen, den Krieg damals zu führen, wo er weniger Menschenleben kostete — wenn man nicht im Blick auf die Zukunft alles hätte tun müssen, damit es überhaupt nicht zum Kriege komme.

Nach diesen Erwägungen hat Bismarck gehandelt. Er hat nicht daran gedacht, den Krieg herbeizuführen, auch als er gegen die Gefahr, daß Frankreich etwa Bundesgenossen fände, die beste Sicherung erreicht hatte. Im Frühjahr 1868 glückte es ihm, mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, wonach dieses im Fall eines deutsch-französischen Krieges 100 000 Mann an seiner Grenze aufstellen wollte, um Österreich am Eingreifen zu verhindern. Die deutsche Überlegenheit gegenüber Frankreich litt jetzt keinen Zweifel mehr, und doch hat Bismarck sein Verhalten seit diesem Zeitpunkt

in nichts geändert. Die Geschichtschreibung wäre ein bequemes Geschäft, wenn die Gedanken des handelnden Staatsmannes sich immer so sicher erkennen ließen wie hier: Bismarck hat von 1866 bis 1870 den Krieg mit Frankreich vermieden, weil er wünschte und hoffte, ihn ganz vermeiden zu können.

\*

Man sagt gewöhnlich, zum Kriegführen gehörten zwei. Das ist nicht immer richtig. Oft genug hängt der Krieg nur von dem Willen des einen Teiles ab. Zum Friedenhalten aber müssen beide gewillt sein. Bismarck, und das will soviel sagen wie Deutschland, wollte den Frieden, Frankreich wollte ihn nicht, so mußte es zum Kriege kommen.

Schon in den ersten Tagen des Jahres 1870, als Emile Ollivier seinen Ministerium mit friedeatmenden Worten angetreten hatte, bemerkte der französische Gesandte in Brüssel, man dürfe sich dadurch nicht täuschen lassen: Ollivier sei bereits im eigenen Ministerium überholt, und wenn Preußen den geringsten Schritt vorwärts täte, so würde nicht der Kaiser den Krieg erklären, das ganze Land würde ihn zum Kriege zwingen. Dann kamen die Beratungen mit Erzherzog Albrecht in Paris und Wien; Napoleon glaubte jetzt in jeder Hinsicht „fertig“ zu sein, die Rüstung beendet, die Allianzen gesichert. Die Reden, die am 1. Juli bei Beratung der Heeresausgaben in der Kammer gehalten wurden, behandelten schon ganz offen den Krieg mit Preußen als das, worauf man sich vorzubereiten habe. Es fehlte nur noch der äußere Anlaß. Man konnte ihn jeden Augenblick in der angeblichen Verletzung des Prager Friedens finden. Da bot sich unerwartet ein anderer, der durchaus den Vorzug zu verdienen schien.

Am 5. Juli wurde in Paris bekannt, daß die Regentschaft von Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Königskrone des Landes angeboten und der Prinz sich zur Annahme bereit erklärt habe. Sofort stürzte sich die französische Regierung auf diesen „Fall“. Schon tags darauf, am 6. Juli, bestieg der Herzog von Gramont die Tribüne der

Kammer, um zu erklären: Frankreich brauche nicht zu dulden, daß eine fremde Macht das bestehende Gleichgewicht der Kräfte in Europa zum Schaden der Interessen und der Ehre Frankreichs verschiebe, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze. Sollte es dennoch geschehen, so würde die Regierung ihre Pflicht tun ohne Zaudern und ohne Schwäche. Ihm antwortete ein Beifallssturm, wie man ihn noch nie erlebt hatte. Der Krieg war sozusagen auf die Tagesordnung gesetzt, und es war eine Dreistigkeit, wenn Ollivier noch zu versichern wagte: „Die Regierung wünscht den Frieden, sie wünscht ihn leidenschaftlich! Wann immer Frankreich sich fest gezeigt hat, hat Europa nachgegeben.“ Man wollte gar nicht, daß „Europa“ — lies: Preußen — nachgebe. Tags darauf fand Fürst Metternich den Kaiser entzückt und in freudig gehobener Stimmung. Es schien ihm nur Sorge zu machen, daß man in Berlin trotz der offenen Herausforderung am Ende doch nachgeben könnte. Ebenso sprach die Kaiserin; sie schien um zehn Jahre jünger geworden. Die beiden Minister aber sonnten sich in ihrem parlamentarischen Erfolg. Vor Metternich schlug Ollivier sein Rad wie ein Pfau: „Kein Zaudern mehr, keine Winkelzüge! Das Ministerium ist einig. Wie ein Mann haben wir beschlossen, daß wir in den Krieg ziehen müssen (*qu'il fallait marcher*). Wir haben die Kammer fortgerissen, wir werden die Nation fortreißen. In vierzehn Tagen haben wir 400 000 Mann an der Saar, und diesmal werden wir den Krieg führen wie 1793, wir werden das Volk bewaffnen, es wird an die Grenze eilen“ usw. Auch Gramont bildete sich nicht wenig auf seinen „Schachzug“ ein. Er stimmte völlig zu, als der Österreicher ihm ins Gesicht sagte, er habe die Gelegenheit bei den Haaren herbeigezogen, um entweder einen diplomatischen Erfolg zu erringen oder den Krieg herbeizuführen aus einem Anlaß, der das deutsche Nationalgefühl nicht verletze. Neutrale Beobachter, der russische Geschäftsträger, der englische Botschafter, hatten sogleich den Eindruck, man wolle den Krieg vom Zaune brechen.

So war es wirklich. Die Akten, die neuerdings in reicher Fülle ans Licht getreten sind, lassen nicht den geringsten

Zweifel daran, daß die französische Regierung in ihrer Gesamtheit, Kaiser, Kaiserin und Minister, sich auf die spanische Thronkandidatur förmlich gestürzt haben, um sie zum *Casus belli* aufzublähen. Was immer man früher erzählt hat von dem siechen Kaiser, der nur widerstrebend wie ein abgehetzter Gaul von seiner Umgebung in den Krieg getrieben worden sei, von Eigenmächtigkeiten Gramonts, der durch herausfordernde Reden den Rückweg zum Frieden versperrt habe, von dem friedliebenden Ollivier, über dessen Kopf hinweg die Entscheidung gefallen sei, es ist alles Legende oder bewußte Fälschung. Sie wollten alle Krieg. Zumal Ollivier, der in seiner Geschichte des „Liberalen Kaiserreichs“ sich als den Unschuldigen der Unschuldigen hingestellt hat, ist als glatter Lügner entpuppt. Aus dem Staube des Wiener Archivs hat sich der Belastungszeuge erhoben, der gerade ihn als den lautesten Herold der Kriegslust entlarvt. Fürst Metternich weiß zu berichten, daß Ollivier, als sogar Gramont zum Rückzug blasen wollte, nach Vorwänden gesucht hat, „um den Krieg unvermeidlich zu machen“ (*pour rendre la guerre inévitable*). Hatten sie alle schon längst den Krieg gewollt, so meinten sie nun auch den Anlaß gefunden zu haben, der die deutsche Nation uneinig fand und den Franzosen erlaubte, als Befreier des Südens vom preußischen Joch aufzutreten. Denn was ging die Bayern und Württemberger der Hohenzoller an?

Nur so erklärt sich das Weitere. Niemals, soweit die Geschichte der Diplomatie reicht, ist ein Kriegsfall ungeschickter, plumper behandelt worden. Welchen vernünftigen Grund gab es denn, Preußen anzugreifen, weil die Spanier einen Hohenzollern zum König haben wollten? Wenn man es für unverträglich mit den Interessen und der Ehre Frankreichs hielt, daß ein deutscher Prinz den spanischen Thron bestieg, so gebot die einfachste Pflicht der internationalen Verkehrsform, zunächst den beteiligten Regierungen oder denen, die man als beteiligt ansah, Vorstellungen zu machen. Erst wenn diese vergeblich waren, durfte man an weitere Schritte denken. Die Angelegenheit sofort vor die Öffentlichkeit zu bringen,

wie Gramont tat, war, ganz abgesehen von der drohenden Form, ein unglaublicher Verstoß gegen die diplomatische Sitte, der nur einen Sinn hatte, wenn er als Herausforderung zum Kampf gedacht war. Der Ton, der dabei angeschlagen wurde, läßt vollends keine andere Deutung zu: die friedliche Verständigung sollte unmöglich gemacht, der Krieg geradezu erzwungen werden.

Aber, wird man einwenden, war denn nicht die preußische Herausforderung vorausgegangen? War es unter den bestehenden Verhältnissen nicht eine starke Zumutung an die Franzosen, daß sie einen Preußen als König in dem Lande dulden sollten, das sie seit Ludwig XIV. als Trabanten Frankreichs anzusehen gewohnt waren? Hatte diese Kandidatur nicht den Zweck, die erhitzte Stimmung zum Überkochen zu bringen? Hat Bismarck sie nicht eingefädelt, um den Krieg zu entfesseln, den er wünschte und brauchte?

Man hat es oft behauptet, leider nicht nur von französischer Seite. Dennoch ist es falsch. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß er die Kandidatur, als er von ihr erfuhr, unterstützt und mit Nachdruck betrieben hat. Aber sie zur Brandstiftung zu benutzen, wie man ein brennendes Streichholz ins Pulverfaß wirft, kann nicht seine Absicht gewesen sein. Dazu eignete sich dieser Fall gar zu schlecht. Wer konnte denn vorher wissen, daß ihn die Franzosen so begierig aufgreifen würden? Daß die Leidenschaft bei ihnen jede vernünftige Überlegung ersticken würde, war doch weder sicher noch auch nur wahrscheinlich, und vor allem — wir wissen es zufällig ganz bestimmt — Bismarck hat nicht daran geglaubt, er hat die französische Kriegslust unterschätzt und insbesondere dem Kaiser Napoleon den Entschluß zum Kriege gegen Preußen nicht zugetraut. Gerade einen Monat, bevor die spanische Bombe platzte, erhielt er von seinem Botschafter in London, dem Grafen Bernstorff, eine Warnung vor französischen Absichten auf den Rhein. Er wies sie zurück: er wisse, daß Napoleon den Krieg mit Preußen mehr fürchte als einen Kampf gegen die Revolution im Innern. Darin täuschte er sich, aber wenn er so dachte, konnte er keinesfalls annehmen, Napoleon

werde den Krieg aus einem so fernliegenden Anlaß vom Zaune brechen, wie es die spanische Kandidatur war. Welches immer seine Hintergedanken gewesen sein mögen, als er sie betrieb — und irgendwelche uneingestandenene Zwecke wird er wohl damit verfolgt haben —, den Krieg dadurch heraufzubeschwören, ist seine Absicht nicht gewesen. Wir wissen es ja schon: Krieg wollte er überhaupt nicht, und hätte er ihn gewollt, er hätte ihn 1867 und später haben können aus einem viel geeigneteren Anlaß. Die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund oder irgend eine ähnliche Maßregel hätte einen zehnmal besseren Kriegsgrund abgegeben als eine rein dynastische Frage wie der Ehrgeiz eines kleinen deutschen Prinzen, der die Nation nichts anging.

Daß er den Krieg nicht wollte, bewies Bismarck auch jetzt durch sein Verhalten. Auf Gramonts Drohrede vom 6. Juli hätte der Gegenhieb ohne Säumen niedersausen dürfen, und Bismarck hat in der Tat daran gedacht, sofort nach Berlin zu eilen, den Reichstag zu berufen, Kriegskredite zu fordern. Aber er besann sich eines andern. Er ließ den hingeworfenen Handschuh liegen, ließ es zu, daß Benedetti mit dem König in Ems über die Zurücknahme der spanischen Kandidatur verhandelte, und blieb selbst in Varzin.

Den Gang der Verhandlungen kennt man. Vor der Aussicht, die sich enthüllte, wich das Haus Hohenzollern zurück. Einen blutigen Krieg zu verursachen, war ihnen die spanische Krone nicht wertvoll genug, und so erklärte zuerst der Vater des Prinzen in dessen Namen, dann dieser selbst den Verzicht. Die Angelegenheit hätte beendet sein können und müssen, wenn es den Franzosen nur darum zu tun gewesen wäre, zu verhindern, daß ein preußischer Prinz den Thron Karls V. bestiege. Sie hätten doppelt zufrieden damit sein können, da der Eindruck nicht zu leugnen war, Frankreich habe den Rücktritt des Prinzen durch Drohungen erzwungen. Wenn also die Kandidatur eine preußische Intrige war, wie man in Paris behauptete, so war ihr Fallenlassen eine diplomatische Schlappe für Preußen und für Bismarck. Das war es, was dieser am meisten fürchtete: den Eindruck, daß Preußen

zurückgewichen sei. Deutlicher als irgend ein anderer muß er gefühlt haben, wie gefährlich der Augenblick sei, vielleicht auch hat er sich im stillen gesagt, daß er mit dem Betreiben dieser Kandidatur ein sehr gewagtes Spiel unternommen habe, das nicht glücklich durchgeführt sei und verloren zu gehen drohe. Wie, wenn der Herzog von Gramont, im Besitze des hohenzollerischen Verzichtes, wieder die Tribüne der Kammer bestieg, um in hohem Ton zu verkünden, vor dem Ernst der französischen Vorstellungen habe Preußen sich zurückgezogen; dank der Festigkeit der kaiserlichen Regierung und dem Patriotismus der Nation sei der Friede gerettet? Es wäre selbst einem Bismarck nicht leicht geworden, diesen Hieb wirksam zu parieren. Man begreift, daß er schon daran dachte, zurückzutreten.

Davor hat ihn die französische Kriegslust bewahrt, der mit einem diplomatischen Triumph nicht mehr genuggetan war. Gramont, den man lange Zeit für den eigentlichen Schuldigen am Krieg gehalten hat, vertrat wohl die Ansicht, durch den Rücktritt des Prinzen sei der Zwischenfall als geschlossen anzusehen. Aber im Rat des Kaisers drang er nicht durch. Ollivier widersprach ihm heftig, verlangte Ausdehnung des Streits auf andere Fragen, Herbeiziehung des Prager Friedens. Man wollte nun einmal den Krieg, hatte ihn schon vorher gewollt, und um ihn sicher zu bekommen, verfiel man auf den unerhörten Gedanken, vom König von Preußen das Versprechen zu verlangen, daß er dem Prinzen nicht gestatten werde, auf seine Bewerbung um die spanische Krone zurückzukommen. Etwas anderes als eine runde Ablehnung konnte man darauf nicht erwarten. Sie erfolgte denn auch sofort. Herr Benedetti wurde am Morgen des 13. Juli vom König in Person, zwar höflich, aber auch sehr bestimmt mit seinem dreisten Ansinnen abgewiesen und erhielt im Laufe des Tages durch einen Adjutanten nochmals die Mitteilung, Seine Majestät habe ihm in dieser Angelegenheit nichts mehr zu sagen. Der Zwischenfall war also von preußischer Seite geschlossen worden.

Bismarck konnte das nicht genügen. Stärker als sein Herr

empfand er das Verletzende, die gewollte Demütigung, die in dem französischen Vorgehen lag. Dieses Ende durfte der Fall nicht nehmen; Preußen brauchte eine Genugtuung! Mit einer meisterhaften Wendung drehte er das Spiel herum. Noch in der Nacht vom 13. zum 14. Juli verbreitete der offiziöse Telegraph überallhin eine Darstellung der Vorgänge in Ems, die den Eindruck erweckte, als hätte der König dem Botschafter in schroffer Form die Tür gewiesen. Damit war nicht der Friede unmöglich gemacht — der war ohnehin längst verloren —, wohl aber das französische Spiel zerstört. In Paris hatte man darauf gerechnet, nach der ablehnenden Antwort des Königs, die man erwartete, mit Verhandlungen und Vorstellungen einige Tage hinzubringen und damit für die eigene Mobilmachung, die schon am 9. Juli begonnen hatte, einen weiteren Vorsprung zu gewinnen. Auf diesen Vorsprung hatte man den Feldzugsplan und die Aussicht auf den Sieg gebaut. Darauf mußte man nach dem Bekanntwerden der Berliner Depesche verzichten. In der Stimmung, die in Paris herrschte, blieb der Regierung nichts übrig, als ohne Zögern die Maske fallen zu lassen. Sie hätte sich sonst keinen Augenblick halten können. Am 15. Juli fiel in der Kammer das entscheidende Wort, am 18. traf in Berlin die Kriegserklärung ein.

So entstand der deutsch-französische Krieg, der Krieg, den Frankreich gewollt und Bismarck zu vermeiden gesucht hatte. Den Hergang in seinen entscheidenden Wendungen, wenn auch nur in aller Kürze, darzustellen, war wohl am Platze. Denn was sich in den Julitagen des Jahres 1870 entschied, war mehr als der Ausbruch eines einzelnen Krieges, war die Zukunft Deutschlands und Europas. Darum mußte festgestellt werden, wie es kam. Es mußte festgestellt werden, daß Frankreich, um die bevorzugte Lage nicht aufgeben zu müssen, die ihm der Westfälische Friede geschaffen und der Wiener Kongreß bestätigt hatte, die das A und O der französischen Politik unter Richelieu und Ludwig XIV. und Vergennes gewesen und seit 1866 verloren gegangen war, den ersten besten Vorwand benutzte, um den Krieg zu entfesseln,

der die deutsche Einheit und Großmacht in der Geburt ersticken und der deutschen Nation die politische Ebenbürtigkeit mit den andern großen Kulturnationen der Welt für immer abschneiden sollte. Was Bismarck dazu getan hat, beschränkt sich auf einen einzigen Griff, der die Fäden der französischen Diplomatie, die das Losgehen der Kriegsmaschine noch um einige Tage hintanhaltend sollten, jählings zerriß und den Gegner zwang, sich sofort zum Kampf zu stellen.

Die Zeitgenossen des Ereignisses, soweit sie eingeweiht waren, sind darüber einig gewesen, daß Frankreich allein am Kriege schuld sei, den es in leichtfertiger und noch dazu ungeschickter Weise herbeigeführt hatte. Kurz und scharf urteilte der österreichische Staatskanzler Beust: „Es war ursprünglich sehr leicht, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege zu erledigen. Was man in Paris tat, mußte den Krieg unvermeidbar machen.“ In Italien schrieb das Blatt, das die Ansichten der Regierung vertrat, Frankreich wolle Krieg, „um die sogenannten Kompensationen am Rhein zu bekommen“. Der englische Ministerpräsident Gladstone äußerte sich geradezu entrüstet über das französische Verfahren und nannte es das flagranteste Unrecht. Der russische Kanzler Fürst Gortschakow hielt von Anfang an mit seinem Tadel nicht zurück, der spanische und der Schweizer Gesandte in Paris waren der Überzeugung, Frankreich habe den Krieg bei den Haaren herbeigezogen. Auch die Londoner Presse hatte mit wenigen Ausnahmen die Absichten Frankreichs von Anfang an durchschaut und getadelt. Wie hat das Urteil der Welt sich seitdem gewandelt! Einer eifrigen französischen Propaganda ist es gelungen, in immer weitere Kreise die Überzeugung zu tragen, für den Krieg von 1870 und alle seine Folgen seien Bismarck und Preußen verantwortlich, die zuerst die Intrige der spanischen Thronkandidatur eingefädelt, dadurch den harmlosen Nachbar zum Zorn gereizt und, als er sich diplomatisch zur Wehr gesetzt, mit Krieg überfallen hätten. Ob diese Fabel jemals ganz verschwinden wird? Für Sachkundige hat sie niemals Geltung gehabt, und heute kann jeder, der sich dazu die Mühe nehmen

will, aus den Akten die volle Wahrheit erfahren. Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß der Lüge ihr Siegeszug erleichtert worden ist durch zwei deutsche Sünden. Einmal durch die Gleichgültigkeit der deutschen amtlichen Stellen, die durch Jahrzehnte nichts getan haben, um die Wahrheit zu erhärten und zu verbreiten, da sie doch, wie man jetzt sieht, in ihren Archiven Beweisstücke genug besaßen, die, rechtzeitig bekanntgemacht, ihren Eindruck nicht verfehlt haben würden. Sodann durch die unbegreifliche Tat Bismarcks selbst, der mit seiner Darstellung vom Ursprung der sogenannten Emser Depesche, einer Darstellung, die das Ereignis aus dem Zusammenhang reißt und in schiefe Beleuchtung rückt, sich einer Schuld verdächtig gemacht hat, die ihn gar nicht trifft.

Mit welcher Leichtfertigkeit sie den Krieg heraufbeschworen hatte, wurde der französischen Regierung erst klar, als es zu spät war. Von den Voraussetzungen, auf die sie mit Sicherheit gerechnet hatte, erwies sich eine nach der andern als Trugbild. Weder Österreich noch Italien sah sich veranlaßt, die Pflichten eines Bündnisses zu erfüllen, das niemals geschlossen worden war. Österreich betonte, was es immer gesagt hatte: es brauche Zeit zur militärischen und politischen Vorbereitung; und zum Überfluß rollten schon die russischen Regimenter an die galizische Grenze, die die Neutralität der Doppelmonarchie am sichersten verbürgten. In Italien nahm der König zwar den Mund gewaltig voll, aber seine Minister dachten nicht daran, sich vorzeitig bloßzustellen. Die süddeutschen Staaten traten ohne Ausnahme sofort auf Preußens Seite, für die Rolle des Befreiers von preußischem Zwang, die Napoleon sich zurechtgelegt hatte, war kein Platz. Vergeblich klopfte er bald an diese, bald an jene Tür: in Petersburg blieb das freigebige Angebot von Danzig ohne Wirkung, und auch das kleine Dänemark zeigte sich unzugänglich. Die Hauptsache aber war: die Zuversicht, mit der man an die eigene Kriegsbereitschaft geglaubt hatte, erwies sich als verhängnisvoller Wahn. Schon bei der Mobilmachung ging alles drunter und drüber,

Haller, Tausend Jahre . . . 12

der Vorsprung von 10—12 Tagen, den man zu besitzen geglaubt hatte, ging wieder verloren, wogegen die preußische Armee früher, als man angenommen, im Felde erschien. Napoleon selbst zeigte sich schon am 15. Juli, dem Tag, wo in der Kammer der Krieg angekündigt wurde, von seiner Kampflust geheilt. Mit fatalistischer Ergebung sagte er zu einem österreichischen Diplomaten: „Wir haben uns zu weit vorgewagt, um jetzt zurückzuweichen. Das Schicksal hat die Hand im Spiele!“ Ein Vorgefühl seines Endes muß er schon früher gehabt haben. Seinem stets kritisierenden und widersprechenden Vetter Jérôme hatte er unlängst geschrieben: „Soll ich untergehen, so soll es aufrecht stehend geschehen, nicht als ein morscher Stamm.“ Nun mußte er als gebrochener, von schweren Leiden gequälter Mann ins Hauptquartier nach Metz reisen, um den Oberbefehl über eine Armee anzutreten, die, wie er sehr bald einsah, nicht siegen konnte. Ihn traf die Strafe für die Sünde, die dem Staatsmann und Herrscher am wenigsten verziehen wird: Halbheit und innere Unwahrheit. Er war so schwach gewesen, nicht seine eigene Politik zu machen, sondern eine andere, die innerlich zu ihm nicht paßte, weil er glaubte, sich nach dem Volke richten zu müssen. Das Volk aber machte es, wie es immer tut, es rächte den Mißerfolg am Unglücklichen. Es „ließ den Armen schuldig werden, dann überließ es ihn der Pein“. Er hat den Kelch bis auf die Neige geleert.

Jedermann weiß, wie es kam. Hinter der Überlegenheit, mit der Preußens Politik geleitet wurde, blieb seine Kriegführung nicht zurück, während die französische Führung vollständig versagte. Als die Schlacht bei Sedan geschlagen, der Kaiser mit seinem ganzen Heer gefangen war, hätte der Kampf beendet sein können, wenn Frankreich bereit gewesen wäre, sich in sein Schicksal zu fügen. Mit Zähigkeit wehrte es sich noch über ein Vierteljahr, bis es, völlig erschöpft, am 26. Februar 1871 in Versailles die Bedingungen unterschrieb, die der Sieger stellte: Abtretung des Elsaß und eines Teiles von Lothringen und Zahlung der Kriegskosten. Die geschichtlichen Rollen waren vertauscht: ein siegreicher deutscher Kaiser

schloß den Frieden mit einer besiegten französischen Republik. Im Schlosse Ludwigs XIV. war am 18. Januar der König von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen worden. Der Westfälische Friede war aufgehoben, das Werk Ludwigs XIV. zerstört. Den endgültigen Abschluß brachte am 10. Mai 1871 der Friede zu Frankfurt, der mit geringfügigen Änderungen das Werk von Versailles bestätigte.

Heute neigt man dazu, diesen Friedensschluß für verfehlt zu halten, weil er mit der erzwungenen Abtretung von zwei Provinzen Frankreich zum dauernden Feinde des Deutschen Reiches gemacht habe. Wer sich an die Oberfläche der Erscheinungen hält, wird so urteilen; wer den Dingen auf den Grund geht, kann nicht zweifeln, daß überlegene Einsicht auch in diesem Fall die Entschlüsse geleitet hat.

Aus den Gründen, die ihn bestimmten, das Elsaß zu fordern, hat Bismarck nie ein Hehl gemacht. Er unterschied sich darin wesentlich von der deutschen öffentlichen Meinung, die im Elsaß und in Lothringen vor allem den alten rechtmäßigen Besitz des Reiches und der Nation, im Elsaß auch das immer noch deutsche Land sehen wollte, das in Zeiten deutscher Ohnmacht geraubt sei und dessen Wiedergewinnung den Beweis neuen Erstarkens zu liefern habe. In der Tagespresse und in Flugschriften war dieser Gedanke sogleich bei Kriegsbeginn, ja schon vorher, als man den Krieg erst kommen sah, immer wieder geäußert worden. Nur sehr wenige Stimmen hatten zu widersprechen gewagt. Wie volkstümlich die Forderung war, zeigt am besten der hessische Minister Freiherr von Dalwigk, der seit 1866 im Namen seiner Regierung beständig stillen Landesverrat mit Frankreich getrieben hatte, auch persönlich nahe Beziehungen zu Frankreich besaß, jetzt aber, am 6. August — am Tage von Wörth — zum preußischen Gesandten sagte, daß das Ziel des damaligen nationalen Kampfes ein weit größeres sein müsse als ein billiger Friedensschluß mit Frankreich. Es handle sich jetzt um Wiedereroberung der alten Provinzen Elsaß und Lothringen, und wenn Preußen diese Provinzen als Mitgift mitbringe, solle für 1866 Indemnität gern gewährt sein.

Dann möge sich König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone aufsetzen, und alle Parteien würden mit ihm einverstanden sein.

Bismarck hat diese Denkweise nicht geteilt. Das Gerede vom „deutschen Elsaß“ nannte er ärgerlich eine „Professoren-idee“. Noch war es ja keine zwei Jahre her, daß er diese Eroberung als allzu unsicheren Gewinn abgelehnt hatte. Und doch bestand er jetzt mit Festigkeit sofort auf dem Elsaß wie auf Deutschlothringen und Metz! Ob er dabei die volkstümliche Auffassung der Dinge ganz außer acht lassen konnte, mag eine offene Frage sein. So stark war nun einmal das Verlangen der Nation nach Wiederherstellung ihres alten Besitzes, daß es sogar für Bismarck nicht leicht gewesen wäre, den Verzicht zu rechtfertigen. Vielleicht hätte selbst er es unmöglich gefunden, ohne diesen Gewinn aus einem siegreichen Kriege heimzukehren, wenn nicht ohnehin Gründe anderer Art ihm den Entschluß aufgedrängt hätten, den die öffentliche Meinung von ihm erwartete. Was ihn dazu bewog, war das „geographische Bedürfnis“, wie er es einmal genannt hat, Süddeutschland gegen den Angriff zu sichern, der es von einem französischen Straßburg und Weißenburg her jederzeit bedroht haben würde, ohne daß Preußen dagegen hätte Schutz bieten können. Dieser Gesichtspunkt allein genügte ihm. Fünfzehn Jahre früher hatte er das aus dem Munde des Königs von Württemberg in beredter Form vernommen. Die Auseinandersetzungen des Königs hatten ihm den tiefsten Eindruck gemacht, privatim und öffentlich ist er von 1858 bis 1895 oft auf sie zurückgekommen. Er hat sie sich vollständig angeeignet, sie gaben in seinen Erwägungen den Ausschlag. In wechselnden Fassungen hat er den Gedanken immer wieder vorgetragen: daß Deutschland das Elsaß brauche als ein Glacis, auf dem es sich wehren könne, ehe der Gegner bis Stuttgart vordringe; daß die Ausgangspunkte des französischen Angriffs weiter zurückverlegt werden müßten, damit Süddeutschland nicht überrannt werde; und am wirksamsten in dem Satz, daß Straßburg und Metz aus Ausfallstören der französischen Offensive in Bollwerke der deutschen

Verteidigung verwandelt werden müßten. Bismarck hat nicht gewußt, daß er mit diesem Vergleich nichts Neues sagte. Ganz so wie er hatten sich andere vor ihm ausgesprochen: zur Zeit Ludwigs XIV. der kaiserliche Feldherr Markgraf Ludwig von Baden, im Jahre 1814 Gneisenau und der bayrische Generalstab, als sie die Notwendigkeit der Rückforderung des Elsaß um der Sicherheit von Süddeutschland willen befürworteten. Davon wird Bismarck nichts gewußt haben. Er wußte ebensowenig, daß er, als er Straßburg und Metz die Ausfallstore französischer Offensive nannte, das gleiche Bild gebrauchte, mit dem Richelieu einst das Bedürfnis der Eroberung des Elsaß einleuchtend gemacht hatte. So sehr entsprach die Ansicht, die er vertrat, der Natur der Dinge, daß er, ohne es zu ahnen, in die Ausdrucksweise des Feindes verfiel, dessen Werk er nun zerstörte.

Nicht als ob in seinen Augen der Besitz von Elsaß und Metz unter allen Umständen für Deutschland unentbehrlich gewesen wäre. Er war es nur im Hinblick auf den künftigen Krieg mit Frankreich, den er jetzt, nachdem es einmal zum Zusammenstoß gekommen war, mit Sicherheit erwartete. Darüber hat er sich bald nach dem Friedensschluß zu einem französischen Diplomaten mit voller Offenheit ausgesprochen: er sei überzeugt, daß Frankreich früher oder später Vergeltung suchen werde, und für diesen Fall bedürfe Deutschland eines festen Grenzschutzes. Er ging so weit, zu gestehen: könnte man den Frieden für dauernd halten, so wäre die Annexion ein Fehler gewesen, denn für das Reich seien Elsaß und Lothringen eine Schwierigkeit. Von einer „peinlichen Last“ (*corvée pénible*), die man auf sich nehmen müsse, hat er ein anderes Mal gesprochen.

Daß die Auffassung Bismarcks beim Erwerb Elsaß-Lothringens maßgebend gewesen ist, müßte man auch ohne besondere Beweise annehmen. Zum Überfluß wird es bestätigt durch das Zeugnis des ersten Deutschen Kaisers. Im Verlauf der geheimen Verhandlungen über Friedensschluß und Wiedereinsetzung Napoleons, die im Herbst 1870 geführt wurden, hat Wilhelm I. gegenüber der Kaiserin Euge-

nie in voller Aufrichtigkeit ausgesprochen, was ihn nötigte, die Abtretung zu fordern. „Ich liebe“, schreibt er ihr am 26. Oktober, „mein Land wie Sie das Ihre, darum verstehe ich die bitteren Gefühle, die das Herz Eurer Majestät erfüllen. Nachdem aber Deutschland ungeheure Opfer für seine Verteidigung gebracht hat, will es sicher sein, daß der nächste Krieg es besser gerüstet finde, den Angriff abzuschlagen, mit dem wir zu rechnen haben, sobald Frankreich seine Kräfte wiederhergestellt hat. Diese traurige Erwägung allein ist es, und nicht der Wunsch, mein Vaterland zu vergrößern, was mich zwingt, auf Landabtretungen zu bestehen, die keinen andern Zweck haben, als für die Zukunft den Ausgangspunkt der französischen Heere zurückzuverlegen.“

Maurice Paléologue, der dieses Schreiben zuerst veröffentlichten durfte, hatte nicht den geringsten Grund, sich über die „brutale Offenheit“ zu entrüsten, mit der hier eingestanden werde, daß Deutschland kein anderes Recht für die Annexion der Provinzen geltend gemacht habe als das Bedürfnis seiner Sicherheit. Als Kenner der neuesten Geschichte, der er ist, mußte er wissen, daß dieses Geständnis gar nichts Neues enthielt. Daß Bismarck immer dasselbe gesagt hat, kann dem erfahrenen Beamten des französischen Auslandsdienstes nicht unbekannt gewesen sein. Nur um der stärkeren Wirkung willen stellt er sich überrascht. Aber auch das ist bei einem Franzosen ein befremdliches Verhalten. Merkt er denn nicht, daß Wilhelm I. und Bismarck genau den gleichen Gedanken aussprechen, mit dem die französische Politik seit 1815 beständig gearbeitet hatte, um die erstrebte Eroberung des Rheinlands zu rechtfertigen? Um der Sicherheit Frankreichs willen sollte das linke Rheinufer französisch werden; um der Sicherheit Deutschlands willen wurden Elsaß und Lothringen gefordert. An den Rhein sollte die Grenze verlegt werden müssen, weil sonst Paris ihr zu nahe war; hinter die Vogesen mußte die französische Aufmarschlinie zurückgeschoben werden, wenn Süddeutschlands Hauptstädte, Karlsruhe, Stuttgart, München, nicht einem französischen Angriff preisgegeben sein sollten. Zug um Zug ist es der

gleiche Gedankengang, das gleiche Spiel, nur auf umgekehrtem Brett.

Wir wollen nicht fragen, ob das, was Frankreich immer recht gewesen ist, Deutschland nicht billig sei, denn damit wäre viel zu wenig gesagt. Wer die Geschichte kennt, bedarf keiner Belehrung darüber, daß Deutschland hundertmal mehr befugt war, das Bedürfnis seiner eigenen Sicherheit zur Richtschnur seiner Politik zu machen, hundertmal mehr als Frankreich, das sich immer darauf berufen hatte. Wenn man nach der Erfahrung urteilte — und wonach sonst sollte man urteilen? —, so war es Deutschland, das eines wirksamen Schutzes gegen den westlichen Nachbarn bedurfte, der sich keine Mühe gegeben hatte, zu verbergen, daß er in der Eroberung deutschen Bodens am Rhein das nächste Ziel seines Strebens sah; der seit zweieinhalb Jahrhunderten den Anspruch erhob, in der Gestaltung der deutschen Dinge bestimmend mitzureden; der die Ohnmacht Deutschlands zum unverrückbaren Grundsatz seiner ganzen Politik gemacht und jetzt den Krieg vom Zaune gebrochen hatte, um zu verhindern, daß die deutsche Nation zu Einheit und Macht gelange. Mit andern Worten: für Deutschland war ein möglichst starker Grenzschutz gebieterrische Notwendigkeit der Verteidigung, im Munde französischer Staatsmänner war er Vorwand und Deckmantel für Angriffsabsichten aller Art. Hätte es sich im Jahre 1870 nur um Städte und Festungen, Provinzen und Grenzlinien, um ein Mehr oder Weniger an Landbesitz gehandelt, man wäre befugt zu fragen, ob ein Schritt wie die Annexion Elsaß-Lothringens mit allen ihren Folgen vom Standpunkt der deutschen Politik notwendig und zweckmäßig sei. Hätte der französische Angriff der Eroberung Saarbrückens, der Pfalz und Rheinhessens oder des ganzen linken Rheinuferes gegolten, so ließe sich darüber reden, ob es nicht genüge, ihn zurückgewiesen zu haben und den *Status quo* zu behaupten. Aber so war es eben nicht! Nicht die Rheingrenze war das Kriegsziel gewesen, sondern die Verhinderung der deutschen Einheit, die

Auflösung der Verträge zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Südstaaten, womöglich die Auflösung des Bundes selbst. Wußte man das, so konnte nur ein politisches Kind glauben, die Franzosen würden, durch die Katastrophen von Metz, Sedan und Paris belehrt, ihr altes Dogma, die geheiligte Tradition ihrer guten alten Zeit fallen lassen, sich ohne weiteres mit dem Entstehen eines deutschen Reiches ausöhnen und — wie Edmond About nachträglich behauptet hat — seine „getreuen und ritterlichen Verbündeten“ werden, wenn man sie nur schonend behandelte. Wären sie dazu fähig gewesen, so hätten sie es vor 1870 tun können und tun müssen. Nach den schweren Niederlagen, die dieses Jahr ihnen gebracht hatte, konnte nur leichtfertige Fahrlässigkeit annehmen, daß die Politik der stolzen, ruhmsüchtigen und eiteln Nation auf etwas anderes gerichtet sein würde als auf die Zerstörung der neuen Großmacht, die sich ihr einmal so überlegen gezeigt hatte. Wer immer die Dinge sah, wie sie waren, mußte in seine Zukunftsrechnung als sicheren Posten auf der Soll-Seite der deutschen Politik das französische Rachebedürfnis einsetzen, und es fragte sich nur, ob man ihm gegenüber schwächer oder stärker sein, die Belastung, die aus ihm erwuchs, geduldig hinnehmen oder sie durch einen entsprechenden Aktivposten ausgleichen sollte. Der Staatsmann, der seiner Verantwortung bewußt war, konnte nicht im Zweifel sein, was er zu tun hatte. Darum hat Bismarck das Elsaß genommen, von dem er wußte, daß es nicht leicht zu behaupten sein würde. Es war eine Schwierigkeit, eine peinliche Last, aber es war eine Pflicht.

Das unbeteiligte Europa hat es nicht anders aufgefaßt. Das bezeugt ein englischer Historiker von erstem Rang. G. P. Gooch schreibt in seinem ausgezeichneten Buch über die deutsch-französischen Beziehungen seit 1871: „Außerhalb Frankreichs wurde die Annexion des Elsaß und eines Teiles von Lothringen als die natürliche Strafe für die Macht angesehen, die den Krieg erklärt hatte und geschlagen worden war. Und wo ist die Nation, die, mit bitteren Erinnerungen wie denen an die Einfälle Ludwigs XIV. und Napoleons,

aus einem blutigen Kampf mit leeren Händen zurückgekehrt wäre und ihren geschlagenen Feind im Besitz reicher Landschaften gelassen hätte, die zu ihrem eigenen entschwundenen Reich gehört hatten?“ So urteilten die Zeitgenossen; sie fanden den Frieden von Frankfurt ganz natürlich. Weder von Rußland noch von England kam der geringste Widerspruch. Man hatte wohl auch dort das Gefühl, daß jetzt nachgeholt werden müsse, was 1815 versäumt worden war: gegen das ewig unruhige, stets um sich greifende Frankreich einen festen Damm aufzurichten, der es ihm auf absehbare Zeit unmöglich machte, mit seinen nie verleugneten Absichten auf Ausdehnung nach dem Rhein alle europäischen Staaten fortwährend in Mitleidenschaft zu ziehen. Das Frankreich Napoleons III. war im Laufe der Zeit allen Mächten gründlich unbequem geworden. Schon 1842 hatte König Leopold von Belgien gemeint, seit fünfzig Jahren sei Frankreich die Pandorabüchse, aus der das Unglück für Europa komme. Seitdem war es nicht anders geworden. Diesem Zustand ein Ende zu machen, war in den Augen Europas die Aufgabe des neuen Deutschen Reiches.